

Berliner Kulturpolitiker: „Dankeschön“ an Freunde in NRW

Während seines dreitägigen Informationsbesuches in Nordrhein-Westfalen traf der Ausschuß für Kulturelle Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses von Berlin mit dem Kulturausschuß des Landtags zu einer gemeinsamen Arbeitssitzung zusammen.

Der Vorsitzende des Kulturausschusses, Dr. Albrecht Beckel (CDU), hieß die Berliner Gäste, die einen Besuch des Kulturausschusses im September vorigen Jahres in Berlin erwiderten, willkommen und unterstrich das Interesse aller am kontinuierlichen freundschaftlichen Kontakt mit Berlin. Dr. Dieter Biewald (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses von Berlin, bezeichnete den Besuch „auch als ein Dankeschön an die Freunde in Nordrhein-Westfalen“. Neben der Absicht, sich kulturpolitische Anregungen aus NRW zur museumspädagogischen Arbeit zu verschaffen, sei es gleichzeitig ein Anliegen, die kulturelle Blüte Berlins unter Mithilfe Nordrhein-Westfalens zu präsentieren, meinte Biewald.

Die Beziehungen zu Berlin verdeutlichen sich kulturpolitisch in der mit 12,5 Millionen DM jährlich weit überproportional zu anderen Bundesländern stehenden Beteiligung des Landes NRW an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Das Engagement wird von der Stiftung honoriert durch ein zunehmendes Ausmaß an Präsentation in NRW. Mit Befriedigung wurde von den Berlinern die Aussage registriert, das Land NRW wolle auch künftig seinen Beitrag zur Stiftung leisten.

Bei der Diskussion um die Grundsätze der Kulturpolitik in diesem Lande fand bei den Berliner Abgeordneten die Arbeit der Sekretariate für kulturelle Zusammenarbeit in Wuppertal und in Gütersloh sowie das 1980 vom Landtag initiierte Instrumentarium der projektbezogenen allgemeinen Kulturförderung, der sogenannten „Feuerwehrrfonds“, besonderes Interesse. Gemeinsam mit Museumsfachleuten aus NRW setzten sich beide Ausschüsse mit der Arbeit des museumspädagogischen Dienstes in NRW auseinander. An dieser Gesprächsrunde beteiligten sich Professor Dr. Paul Vogt, Direktor des Folkwang-Museums Essen, Professor Dr. Irene Markowitz, Oberkustos am Stadtmuseum Düsseldorf, und Wilhelm Zacher, Leiter der pädagogischen Abteilung des Kunstmuseums Düsseldorf. Die Heranführung der Jugend an die kulturelle Szene wurde von den Berliner Kulturpolitikern als Aufgabe besonderer Bedeutung gesehen. Außerhalb des Landtags informierte sich der Berliner Ausschuß vor Ort in Xanten (Archäologischer Freizeitpark, Regionalmuseum), Köln (Römisch-Germanisches Museum und Wallraf-Richartz-Museum/Museum Ludwig) sowie in Düsseldorf (Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen).



Vor allem für den nach ihrer Ansicht vorbildlichen museumspädagogischen Dienst in Nordrhein-Westfalen interessierten sich die Berliner Kulturpolitiker. Unser Bild zeigt von links nach rechts Dr. Dieter Biewald (CDU), Vorsitzender des Berliner Kulturausschusses, Dr. Albrecht Beckel (CDU), Vorsitzender des Kulturausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags, Karl Lohaus, Deutsche Presse-Agentur, und den stellvertretenden Kulturausschußvorsitzenden Ludwig W. Wördehoff, SPD, bei einem Pressegespräch im Landtag.
Foto: Tüßelmann

36 Helfer für suchtkranke Häftlinge

Der Justizausschuß diskutierte unter Vorsitz von Egbert Reinhard (SPD) den Haushaltsplan 1983 für den Bereich des Justizministers (Einzelplan 04). Maria Jammes (SPD) forderte für die Abstimmungssitzung am 24. November eine Erläuterung zu dem im Entwurf mehrfach etatisierten Prüfungsvergütungen. Zwar soll auch weiterhin die kostengünstigere nebenamtliche Prüfungstätigkeit möglich sein. Allerdings dürfen nach Meinung ihrer Fraktion Vergütungen dann nicht mehr gezahlt werden, wenn der Prüfer aufgrund einer Dienstverpflichtung tätig wird.

Dem Abgeordneten Heinz Paus (CDU) wurde auf Nachfrage bestätigt, daß mit einem weiteren Anstieg der Kosten im Bereich der Prozeßkostenhilfe, bedingt durch höhere Gebühren und häufigere Inanspruchnahme von Anwälten in Ehe- und Familiensachen, zu rechnen sein werde.

Auf eine besoldungsrechtliche Ungerechtigkeit verwies Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU). Bei Werkstattelehrern sind Bedienstete eingesetzt, die, aus der Arbeitsverwaltung kommend, besser besoldet werden als die nicht höher zu gruppierenden übrigen Werkstatteleiter. Er bemängelte auch die Absicht der Landesregierung, ohne jede Differenzierung einen linearen Stellenabbau durchzusetzen.

Justizministerin Inge Donnepp (SPD) verteidigte den gleichmäßigen Abbau, der nach ihrer Meinung keinen Bereich besonders trifft. Insbesondere die Finanzrichter seien in den zurückliegenden Jahren personell so gut ausgestattet worden, daß in diesem Bereich eine besonders angespannte Personalsituation nicht vorhanden sein kann. Im übrigen flacht, im Gegensatz zu zivilrechtlichen Verfahren, die Kurve der Eingangszahlen weiter ab. Die notwendige Differenzierung hält Albert Klütsch (SPD) gleichwohl für möglich und wünschte sie sich im Haushaltsvollzug durch die Administration. Auf Antrag der CDU-Fraktion legte der Justizminister dem Ausschuß einen Er-

fahrungsbericht zum Drogenprogramm der Landesregierung in den Vollzugsanstalten vor. Danach wurden 36 Helfer in ihrer Funktion als Suchtkrankenhelfer geschult und eingesetzt. In den übrigen Anstalten hat sich ein Drogenbetreuer dieser Klientel angenommen. Die sehr schwierige Arbeit am Abhängigen – ein Erfolgskonzept ist nirgendwo vorgegeben – kann nur, so die Ausführungen durch den Justizminister, dank der in aller Regel funktionierenden Zusammenarbeit mit den Drogenberatungsstellen geleistet werden. Der Drogenbeauftragte der Landesregierung konnte dem Ausschuß die Verstärkung weiterer sechs Schwerpunktberatungsstellen mit je einem Sozialarbeiter zusagen. Neben den zwei bestehenden Einrichtungen können, dann auch in Siegburg, Solingen, Kleve, Aachen, Bochum und Essen Fachleute die wichtige Motivationsarbeit in Anstalten leisten.

Der Justizminister wurde in der Sitzung auch gebeten, einen Bericht zur Belegungssituation in den Vollzugsanstalten des Landes zu geben und darzulegen, welche Maßnahmen ergriffen wurden bzw. eingeleitet werden, die Situation nötigenfalls zu entschärfen.

Im Oktober 1982 standen rechnerisch 17477 Haftplätze für durchschnittlich 17026 Häftlinge zur Verfügung. Dies bedeutet eine 99,1 prozentige Auslastung der Plätze bei den Männern und eine 98,7 prozentige bei den Frauen. (Ein weiterer Bericht folgt.)